

islaMedia

Newsletter zur Medienberichterstattung in türkischen Zeitungen
Nr. 113 , 07.12.2009

Rubriken

• [Referendum – Schweiz – Reaktionen aus der Türkei](#)

• [Referendum – Schweiz – Minarettverbot](#)

• [Milli Görüş](#)

• [Geert Wilders](#)

Rubrik: Referendum – Schweiz – Reaktionen aus der Türkei

Hürriyet, 02.12.09, S. 6, von Metehan Demir/Stockholm

„Nehmt Euer Geld aus der Schweiz und legt es in der Türkei an!“

„Egemen Bagış (Europaminister in der Türkei, Anm. M. K.) äußert seinen Unmut über das Minarett-Verbot als Ergebnis des Referendums in der Schweiz mit einem Appell an alle reichen Muslime auf der Welt. Sie sollen ihre Konten in der Schweiz auflösen und in der Türkei anlegen. Die Schweiz selbst bezeichnet Egemen Bagış als „Freluftmuseum der Intoleranz.“

Unsere Banken heißen sie jederzeit willkommen

Egemen Bagış kritisiert das Minarett-Verbot nach dem vorausgegangenem Referendum in der Schweiz: „Ich bin der Meinung, dass die Schweiz die Reaktionen der internationalen Öffentlichkeit abwarten wird und erst danach handeln wird. Das ist die Gelegenheit für unsere muslimischen Brüder und Schwestern, ihre Entscheidungen über ihre finanziellen Investitionen in der Schweiz zu überdenken und zu ändern. Während im Jahr 2008 die Banken im Ausland teils verschwanden und zusammenschrumpften, war der Bankensektor in der Türkei stabil und blieb davon unbetroffen. Die Türen der Banken in der Türkei stehen daher für sie jederzeit offen. Obwohl die Schweiz nun ein schlechtes Vorbild geschaffen hat ist es wichtig, dass sie von diesem Beschluss umgekehrt. Die

Erklärung, dass aufgrund dieses „demokratischen Referendums“ das Thema abgeschlossen ist reicht nicht aus. In der EU Gesetze gibt es Gesetze, welche die Rechte der Minderheiten gegenüber den Mehrheiten stärkt. In der Türkei, in der sich die Bevölkerung aus 99% Muslimen zusammensetzt, können unsere Mitbürger armenischer, jüdischer und christlicher Herkunft ihre Gottesdienste abhalten.“

Kein definitiver Zeitpunkt für die EU-Mitgliedschaft

„Der Außenminister Ahmet Davutoğlu versuchte zu erklären, dass die Türkei vor dem Jahr 2023 Mitglied in der Europäischen Union sein wird. Ich bin seit elf Monaten Europaminister. Ich habe bisher keine Aussagen hinsichtlich eines Zeitpunktes gemacht und werde es auch in Zukunft nicht tun, da ich nichts davon halte. Das ist ein politisches Projekt und wird am Ende eines politischen Zeitraums geschehen.“

Wir werden unseren Weg ohnehin weitergehen – auch wenn wir nicht Mitglied in der EU werden

„Wenn es die EU Vorzieht, 600 000 Zyprioten den Vorzug zu gewähren und auf ein Land wie die Türkei mit 70 Mio. Einwohner zu verzichten, deren Bevölkerung im Durchschnitt 28 Jahre alt ist, auf dessen Energierohstoffe aus dem Norden und aus dem Süden der Türkei sie angewiesen sein wird – Amerikas stärkster Verbündeter die Türkei im Kampf gegen den Terrorismus ist und die zweitstärkste Armee als NATO-Mitglied besitzt und so diese Verbundenheit nicht erkannt wird, so werden wir natürlich auch ohne die Europäische Union unseren Weg weitergehen. Das erfolgt unabhängig von unserer Mitgliedschaft in der EU.“

Hürriyet, 02.12.09, S. 9, Kommentar von Oktay Ekşi

„Das Minarett-Verbot“

„Die Schweiz hat sich international von seitens ihrer Bevölkerung als auch von seitens ihrer Regierung bisher als Prototyp eines „Weltzentrums“ dargestellt. In der Sekundärliteratur zur Theorie der Schweiz lassen sich genügend Belege bezüglich der Gleichheit, der Demokratie und der Justiz finden. Das funktioniert jedoch nur solange gut, solange die Schweizer nicht gleiche Rechte gegenüber anderen walten lassen müssen. Aus diesem Grund schafft es die Schweiz aus allen eine Polizei für alle zu machen: Diejenigen, die bereits in der Schweiz waren oder dort leben wissen das: In der Schweiz findet das Leben in - mit einem Lineal festgelegten Rahmen - statt. Das Leben ist zwar geordnet, aber gleichzeitig leidenschaftslos und fad.“

Nach einer Auskunft aus der Zeitung Sabah leben in der Schweiz ca. 400 000 Muslime. Für diese 400 000 Muslime sind 200 Moscheen gebaut worden. Die Anzahl der Minarette beläuft sich dabei auf insgesamt vier. Beim fünften Minarett jedoch wurde „Nein“ gesagt. Gegenstand war jedoch nicht der mögliche Gebetsaufruf des Muezzins. Da man zwar beispielsweise nichts gegen den Lärm von sonntäglichen Kirchenglocken einerseits hat, andererseits jedoch wird der Gebetsaufruf des Muezzins als unerträglich empfunden. Dieses Beispiel gilt jedoch nicht als etwas für die Schweiz typisches – es ist genau so gut auf die anderen europäischen Länder übertragbar. Auf die kritischen Stimmen aufgrund des Schweizer Urteils sollte deshalb wenig geachtet werden. Die Wahrscheinlichkeit, dass die anderen europäischen Länder dem Schweizer Beispiel eines Tages folgen werden ist ganz so

gering nicht. In der Presse sind die Stimmen rechtsextremistischer Parteien aus Dänemark, Österreich, Frankreich und Holland, die ähnliche Vorhaben beabsichtigen bereits zu vernehmen. Dass die Volksabstimmung die Abhängigkeit der Richter nun kontrolliert, wurde durch die Aussage des Justizministers zwar verdeutlicht. Die Schweiz wird jedoch noch unsympathischer als sie es durch ihre Eitelkeit bereits ist. Dennoch gibt es auch die andere Seite der Medaille, die wir uns betrachten müssen:

Auch wenn Erdoğan sich an die Spitze der „Allianz der Zivilisationen“ gestellt hat, so sind zumindest in der Welt, auch wenn wir es vergessen haben sollten, seine früheren Aussage über „die Minarette sind unsere Bajonetten und die Kuppeln unsere Schutzhelme“ nicht in Vergessenheit geraten – durch seine Aussagen stellt er ein bedrohliches Bild des Islams dar. Das haben die Schweizer beispielsweise nicht vergessen. Und es gibt noch etwas: Die Minarette, die in der Schweiz auf den Plakaten abgebildet wurden sind alles andere als ästhetisch. Was sagen Sie? Hat das wohl die Volksabstimmung mit beeinflusst?“

Rubrik: Referendum – Schweiz – Minarettverbot

Sabah, 04.12.09, S. 17 von Ismail Erel/Frankfurt

„Das Minarett-Verbot reicht nicht aus: Ausländer, die die Sprache nicht lernen sollen ausgewiesen werden“

„Nach der SVP, die das Minarett-Verbot anstachelte, fordert nun die Sozialdemokratische Partei in der Schweiz die Ausweisung von Ausländern, die die Sprache nicht erlernen. Thomas Christen, der Generalsekretär der SP erklärt, dass die Ausländer in der Schweiz einen Integrationsvertrag unterzeichnen sollten, dessen Gerüst das Erlernen der Sprache ist. Der Generalsekretär der SP fordert, dass die Bemühungen mit Hinblick auf den Spracherwerb ein Kriterium bei der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis sein müssen: „Wenn eine anatolische Hausfrau seit 30 Jahren in der Schweiz lebt und immer noch kein Deutsch spricht, dann kann sie weder am gesellschaftlichen Leben teilhaben noch auf der selben Stufe mit ihrem Mann stehen. Das entspricht nicht der Auffassung der SP.“

Thomas Christen betonte jedoch, dass die Schweizer SP kein populistisches Verhalten wie die SVP hinsichtlich des Minarett-Verbots einnehmen wird. Christen wünscht sich die Sicherstellung der Gleichberechtigung zwischen Schweizern und Ausländern: „Das können wir nur durch unsere Investitionen in die Kindergärten und in die Ausbildung schaffen.“ Christen empfiehlt zugleich die Errichtung von gemeinsamen Zentren zwischen Schweizern und Ausländern:

„Das Referendum für ein Minarett-Verbot hat am meisten Unterstützung aus dem Kanton Appenzell erhalten. Das ist nicht ein bloßer Zufall. In Appenzell ist es quasi unmöglich auf der Straße einem Muslim zu begegnen.“

Sabah, 04.12.09, S. 17

„Sinnvoller Protest“

„Der international bekannte Filmregisseur Fatih Akın wird an der Film/Gala anlässlich seines neuen Films „Soul Kitchen“ am 16.12. in der Schweiz nicht teilnehmen. Akın verfasste einen Offenen Brief,

den er an die Presse in der Schweiz schickte. Das Referendum, das von Minarett-Gegnern auf den Weg gebracht wurde und erfolgreich verlief steht nach Akin im Widerspruch mit der Toleranz und dem Humanismus. Akin erklärt, dass Menschen unterschiedlicher ethnischer und kultureller Herkunft gemeinsam unter einem Dach leben können sollten: „Ich stamme aus einer muslimischen Familie. Das Minarett ist symbolisiert nicht den politischen Islam. Es ist Teil der Architektur der Gotteshäuser. Ich fühle mich sowohl vom Referendum als auch vom Ergebnis persönlich berührt. Es gibt für mich persönlich keine andere Möglichkeit als auf diese Art meinen Unmut darüber auszudrücken, indem ich nicht an der Gala zu meinem Film „Soul Kitchen“ teilnehme.“

Zaman, 04.12.09, S. 2, von Yusuf Bal und Eyüp Geçit/ Worms Unna

„Die Medien missbrauchen das Thema, denn eigentlich stört es die Deutschen nicht“

„Der Vorsitzende des Wormser Ausländerbeirats Carlo Riva erklärt, dass die Minarette das neue Medienmaterial sind. Zuvor sind muslimische Frauen, die Kopftücher tragen von den Medien gegenständlich missbraucht worden, so Riva. In Deutschland sind Musliminnen zusammen mit ihrem Kleidungsstil von den Medien und von einem Teil der Bevölkerung Teil der unerträglichen Diskussionen gewesen: „Leider haben die Medien jedoch ein neues Baby entdeckt. Die Diskussionen um den Bau von Minaretten werden in Zukunft die neuen thematischen Opfer sein, welche es auszuschlachten gilt. Wir müssen angesichts der Problematik dieser Themen vernünftig vorgehen um gute Debatten gewährleisten zu können.“ Riva unterstreicht seine Meinung mit dem Beispiel des niedersächsischen Justizministers Bernd Busemann. Busemann erklärte vor zwei Wochen, dass das Grundgesetz religiöse Minderheiten schützt und das Recht auf freie Religionsausübung ein wichtiger Teil des Grundgesetzes ist. Das betrifft auch Gotteshäuser mit Minaretten.

Aus Deutschland kommt auch eine weitere kritische Stimme zum Minarett-Verbot aus Unna. Werner Kolter, Oberbürgermeister von Unna erklärt im Gespräch mit der Zaman: „Die Schweiz hat einen Rückwärtsschritt mit ihrem Verbot in der Demokratie getan. Die Moschee in Unna ist ein Teil Unnas. Bisher habe ich nichts Negatives über Meinungen zur Moschee in Unna selbst erfahren.“

Zaman, 03.12.09, S. 2, von İsmail Çelik, Hacer Elmas, Oktay Yaman, Bayram Aydın

„Kritik von deutschen Politikern an der Schweiz: Das Minarett-Verbot widerspricht der Religionsfreiheit“

„Nach dem Referendum in der Schweiz vom vergangenen Wochenende kritisieren sowohl Politiker als auch Kirchenvertreter aus Deutschland das Ergebnis. Der hessische Justizminister und Integrationsbeauftragter Hahn äußert sein Bedauern über das Urteil und erklärt, dass sich das Urteil mit der Glaubens- und Religionsfreiheit widerspricht. Hahn erklärt, dass in Deutschland ein solches Verbot kein Thema ist. Der nordrhein-westfälische Integrationsminister Armin Laschet (CDU) unterstrich die unbedingte Vermeidung über die Diskussion von Religionsrechten. Laschet erklärt im Interview mit der Neuen Osnabrücker Zeitung: „Sollten wir etwas nun den Bau von Synagogen in Deutschland verbieten?“ Der Münchener Oberbürgermeister Christian Ude wiederum äußert sein Befremden über das Ergebnis des Referendums. Das Verbot steht sowohl mit der Verfassung als auch mit der Vereinbarung der Menschenrechte in Europa im Widerspruch. Das Minarett-Verbot wurde auch von Vertretern der Kirche kritisiert. Der Hamburger Bischoff Dr. Hans-Jochen Jaschke

erklärt: „Die Religionsfreiheit ist ein Menschenrecht. Die Menschen müssen das Recht haben ihren Glauben auszuüben und zudem ihren Glauben in Gotteshäusern zu leben.“

Rubrik: Milli-Görüş Deutschland

Zaman, 04.12.09, S. 1 und S. 11, von Ziver Ermiş/Köln

„Bereits vierte Razzia bei Milli Görüş in 14 Monaten“

„Der Druck auf die islamischen Organisationen in Europa steigt. Nach dem Minarett-Verbot in der Schweiz aufgrund des Schweizer Referendums werden nun in der größten und der am längsten verwurzelten islamischen Organisation, der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş (IGMG), in 26 Zentren in Deutschland Razzien durchgeführt. Aufgrund der Anweisung der Kölner Staatsanwaltschaft wurden im Zentrum in Kerpen mehrere Bürogebäude durchsucht. Dabei sind einige Ordner und Dokumente beschlagnahmt worden. Darüber hinaus sind auch Gebäude in Bonn, Dortmund, Bielefeld, Hannover, Ulm, Berlin, Hamburg, München und Frankfurt durchsucht worden. Der zuständige Kölner Oberstaatsanwalt erklärt, dass ein Verdacht auf Veruntreuung von Spenden bestehe. Darüber hinaus werden Geschäftsführer der IGMG beschuldigt, die Sozialversicherungen von Mitarbeitern nicht bezahlt zu haben. Laut der Geschäftsführung der IGMG zufolge stammen die Beschuldigungen aus dem Jahr 2008 und dauern bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt an. Die Beschuldigungen lauten auf Bildung einer kriminellen Vereinigung, Veruntreuung von Spenden und Dokumentenfälschung. Die Kölner Staatsanwaltschaft geht jedoch noch von zwei weiteren Beschuldigungen aus:

Demnach lautet der Vorwurf einerseits auf Geldbetrug im Zusammenhang mit dem Opferfest. Im Zusammenhang mit der Personenanzahl für die Pilgerfahrt nach Mekka sollen andererseits die tatsächliche Zahl an Reisenden verschwiegen worden sein, um weniger Beiträge für die Versicherungen abzuführen.

Die Geschäftsführung der IGMG erklärt jedoch, dass die Razzien nicht überraschend kommen:

„Wir wurden mehrmals für unsere Standpunkte und Kritik sowohl an der Integrationspolitik als auch wegen unserer Kritik an Sicherheitsbeamten verwarnt. Offenbar wird gegenwärtig versucht, uns etwas innerhalb unserer Versicherungsverpflichtungen nachzuweisen, da die Beschuldigungen mit Hinblick auf die Sicherheit ins Leere laufen. Zu diesem Zweck sind viele Dokumente beschlagnahmt worden. Diese haben jedoch inhaltlich überhaupt nichts mit den Anschuldigungen zu tun.“

Die IGMG erklärt, dass es für die Anschuldigungen keine Beweise gibt. Die Versicherungen der Imame, die an den Moscheen angestellt sind, werden nicht von der IGMG bezahlt. Die Vereine, die an die direkt an die Moscheen angebunden sind, sind dazu verpflichtet, die Abgaben zu den Sozialversicherungen zu bezahlen. Die IGMG wird offen legen, wie viel sie an Opfergaben einsammelte. Die Integrationsarbeit der IGMG wird wie bisher fortgesetzt werden, wobei die Assimilation weiterhin abgelehnt wird. Die IGMG erklärt, dass sie sowohl dem deutschen Rechtssystem vertraut als auch den unabhängigen Gerichten in Deutschland. Der IGMG zufolge fanden die Razzien bereits zum vierten Mal statt. In der Vergangenheit wurden in den Zentren in München und in Köln im August 2008 und dieses Jahr im Frühling in Kerpen und in Köln eine Vielzahl an Büros durchsucht und Dokumente beschlagnahmt. Die Geschäftsführung der IGMG bewertet die

Razzien als „Terrorpolitik, innerhalb derer die IGMG der Schuldstempel aufgedrückt werden soll, was jedoch umsonst ist.“ In der deutschen Presse wurde weiträumig über die Razzien bei der IGMG berichtet. Auffällig an den Berichten ist jedoch, dass den Erklärungen der IGMG wenig Platz eingeräumt wurde. Die IGMG wird seit Jahren vom Verfassungsschutz in Deutschland beobachtet. Mit offizielle 26 500 Mitgliedern ist die IGMG in Deutschland die größte islamische Organisation.“

Sabah, 03.12.09, S. 17, von Ibrahim Taş, Mesut Hastürk, İkbal Özakıncı, Rahmi Turan

„Schock – Razzia, Razzia in 26 Milli-Görüş-Zentren in Deutschland. Verdacht auf Veruntreuung von Spendengeldern und von Sozialversicherungen“

„In Deutschland fanden in insgesamt 26 Gebäuden von der Organisation Mili Görüş Razzien statt. Die Razzien wurden auf Anweisung der Kölner Staatsanwaltschaft durchgeführt. Der Kölner Staatsanwalt Günter Feld erklärte deshalb, dass die Razzien aufgrund des Verdachts auf Veruntreuung von Geldern angewiesen wurden. Darüber hinaus wird vermutet, dass die IGMG die Beiträge zur Sozialversicherung ihrer Angestellten nicht bezahlt hat. In Nordrhein-Westfalen wurden 12 Gebäude der IGMG durchsucht. In Berlin, Hamburg, Frankfurt und München insgesamt 14 Gebäude.

Beschlagnahmung von Dokumenten

Verantwortliche von Milli-Görüş sind beschuldigt worden, Opferspenden zweckentfremdet benutzt zu haben. Während der Razzien wurde eine Vielzahl von Dokumenten beschlagnahmt. Die Dokumente werden noch ausgewertet. Bereits in den vergangenen Monaten wurden Verantwortliche von Milli-Görüş aufgrund des Verdachts auf dubiose Finanzaktionen befragt. Die Staatsanwaltschaft äußerte sich aufgrund der laufenden Vermittlungen nur knapp.

Erklärung von der IGMG

In seiner Erklärung betont Oğuz Üçüncü (Generalsekretärs IGMG), dass die IGMG ohne Grund beschuldigt wird und unter Verdacht steht. Die Bemühungen werden nach Üçüncü ins Leere verlaufen: „Die Staatsanwaltschaft hat auf die kürzlich in der Vergangenheit erfolgten Durchsuchungen nun wieder Untersuchungen angewiesen. Die Gründe dafür sind jedoch nicht haltbar.“

Die Mitgliedsbeiträge wurden beschlagnahmt

„Samet Temel, der Vorsitzende der IGMG in Bayern-Süd erklärt, dass kurz nach dem Morgengebet um 07:00 Uhr die Razzia begann.

„Das Gebäude wurde sofort nach dem Morgengebet durchsucht. Die Dokumente, in denen die Mitgliedsbeiträge festgehalten sind, sind beschlagnahmt worden.“

Vor eineinhalb gab es bereits eine Durchsuchung. Die Vorgehensweise bei der jetzigen Durchsuchung sei dieselbe gewesen wie die in der Vergangenheit.“

Rubrik: Geert Wilders

04.12.09, S. 9

„Absage Türkei-Besuch von Geert Wilders“

„Der holländische rechtsextreme Politiker Geert Wilders sagte seine Reise in die Türkei ab, da er keinen persönlichen Termin von den Vertretern der Regierung erhalten hatte. Der Erklärung des holländischen Parlamentes zufolge lehnte die Mehrheit der türkischen Regierungsvertreter für die zwischen dem 4. und 9. Oktober geplante Reise ein persönliches Treffen mit Geert Wilders ab. Geert Wilders, der die Mitgliedschaft der Türkei in der EU vehement ablehnt, wurde in der Vergangenheit die Einreise nach Großbritannien aufgrund seiner rassistischen Haltungen dem Islam gegenüber verboten.“

Sabah, 26.11.09, S. 19

„Entweder werde auch ich mitkommen oder die ganze Reise wird abgesagt“

„Der holländische rechtsextreme Vorsitzende der Freiheitspartei Geert Wilders erklärt, dass er mit Hinblick auf dein Türkeibesuch von der Türkei enttäuscht ist, da die Türkei ihn nicht möchte. Die Krise zwischen Ankara und Lahey, die aufgrund des bevorstehenden Besuchs von Geert Wilders in der Türkei ausgelöst wurde, wurde in einem Interview mit der Tageszeitung Akşam zwischen Şenay Yıldız und Geert Wilders thematisiert. Geert Wilders, der sich dadurch verteidigt, dass er ein demokratisch gewählter Politiker seit erklärte: „Meine derzeitige Erfahrung mit der Türkei bestärkt mich in meiner Überzeugung, dass die Türkei keinen Platz in der EU hat und haben kann.“

„Wie schätzen Sie ihren bevorstehenden Besuch in der Türkei ein? Wie schätzen sie die dadurch entstanden Spannungen zwischen der Türkei und den Niederlanden ein?“

G.W.: „Ich bin sehr enttäuscht, da ich in die Türkei kommen und meine Ansichten darstellen wollte. Wir sind eingeladen worden und wer in der Delegation mit dabei sein wird, wird von uns entschieden. Ich bin ein gewählter Politiker in Holland. Es ist ungerecht, dass ich auf diese Art und Weise behandelt werde. All diese Begebenheiten zeigen mir wiederum, dass die Türkei weder demokratisch ist noch dass sie einen Platz in der Europäischen Union haben kann.“

„Im Zusammenhang mit der Türkei haben Sie sich bereits in der Vergangenheit sehr negativ geäußert. Weshalb möchten sie hierher kommen, obwohl sie wissen, dass sie nicht gewollt sind?“

G.W.: „Die freie Meinungsäußerung und der Dialog sind sehr wichtig. Was gibt es denn für ein Problem, wenn ich in die Türkei komme? Ja, ich denke nicht genau so wie Sie, das stimmt. Ich habe andere Gedanken, die ich höflich äußern möchte und über die wir gemeinsam sprechen können. Was ist daran falsch? Meine Meinung über die Türkei und den Islam hat sich nicht geändert. Aber ich möchte mit den Menschen sprechen und im Dialog sein. Nachdem die türkische Regierung nicht möchte bedeutet das, dass sie eine schwache und undemokratische Regierung ist. Debattiert mit mir – das ist Demokratie!“

„Welche Botschaft wäre die wichtigste für Sie, wenn kommen würden?“

G. W.: „Habt keine Angst! Zeigt, dass ihr Demokraten seid und Verschiedenheiten tolerieren könnt! Und ich würde sagen, dass die Türkei als Mitglied der NATO ein Land ist, das höchsten Respekt genießt, ich habe kein Problem mit Euch. Die Türkei hat aber keinen Platz in der EU-Familie. Ich bin fest davon überzeugt, dass ein Land wie die Türkei, in dem der Islam herrscht, keine Mitgliedschaft in der EU haben sollte. Sie müssen mir nicht zustimmen, aber ich kann meine Meinung überall vertreten. Das ist Demokratie.“

„Akzeptieren Sie, dass sie ein Rassist und Faschist sind?“

G. W.: „Nein, das ist Unsinn. Ich bin ein demokratisch gewählter Vorsitzender. Ich hab weder etwas mit Faschismus noch etwas mit Rassismus zu tun. Meine Partei ist eine der fünf stärksten Parteien in Holland. Unsere Macht steigt ständig. Bei der nächsten Wahl könnte ich Ministerpräsident von Holland werden. Und was ist dann? Das holländische Volk sieht mich nicht als Rassisten und Faschisten.“

„Als ich mir ihren Film „Fitne“ ansah begriff ich, dass Sie die islamische Welt mit dem islamistischen Terrorismus gleich setzen. Ist das richtig?“

G. W.: „Nein, das stimmt nicht. Man muss schon geisteskrank sein, um extremistische Menschen mit normalen Menschen gleich zu setzen. Aber der Islam ist vielmehr eine Ideologie als eine Religion. Das hat seinen Ursprung im totalitären und repressiven Charakter des Islam. Wir benötigen keinen weiteren Islam-Export nach Europa. Das gefährdet unsere Freiheit. In vielen Ländern werden Menschenrechte mit der Scharia reglementiert. Und ich sage als holländischer Politiker „das ist nicht unsere Identität und wir müssen unsere Identität schützen.“ Alle stürzen sich jedoch schreiend auf mich – warum?“

Den erscheinenden Newsletter zur Medienberichterstattung in türkischen Zeitungen finden Sie auch in unserem Archiv auf www.islamedia.de unter der Rubrik Newsletter.

Impressum:
Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg
Lehrstuhl für Bürgerliches Recht - Prof. Dr. Rohe
Autorin Newsletter: Meltem Kulaçatan
www.islaMedia.de

- Der Newsletter erscheint in unregelmäßigen Abständen und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit
- Angeführte Links bzw. Artikel geben nicht die Meinung der Herausgeber wieder, sondern versuchen die aktuelle Diskussion um den Islam und die Muslime in Europa in den Medien wiederzuspiegeln
- Um den Newsletter zu bestellen bzw. abzubestellen bitte um Antwort mit "Bestellen" bzw. "Abbestellen" im Betreff

